

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung

67. Sitzung
31. Mai 2021

Beginn: 09.02 Uhr
Schluss: 12.32 Uhr
Vorsitz: Martin Trefzer (AfD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Franziska Brychcy (LINKE) [zugeschaltet] fragt für ihre Fraktion:

Setzt sich der Berliner Senat aufgrund der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes zur möglichen Verfassungswidrigkeit der BAFöG-Bedarfssätze erneut für eine BAFöG-Reform durch den Bundesrat ein?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) antwortet, dass sich der Senat stets für eine Verbesserung des BAFöG eingesetzt habe und dies weiter tun werde. 2018 habe der Senat eine Bundesratsinitiative mit der Forderung einer jährlichen Anpassung der Sätze und weiterer Vorschläge eingebracht, wobei nur Teile wie der Mietkostenzuschuss umgesetzt worden seien. Während der Coronapandemie habe der Senat für eine Öffnung des BAFöG statt für Darlehen oder Zuschüsse plädiert.

Stefan Förster (FDP) erkundigt sich, ob es praktikabel sei, die Berliner Studierenden zentral an den Hochschulen zu impfen.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) betont, dass die Infrastruktur für Impfungen über die Betriebsärzte bereitgestellt werden könne. Es sei aber nicht genug Impfstoff für die rund 200 000 Berliner Studierenden vorhanden. 8 000 Studierende der Charité sowie priorisierte Mitarbeiter der Hochschulen seien bereits geimpft.

Stefan Förster (FDP) fragt nach, ob das bedeute, dass die SKzl eigene Impfstellen an den Hochschulen für sinnvoll erachte.

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) unterstreicht, dass Impfmöglichkeiten an den Hochschulen sinnvoll seien. Impfzentren und Hausärzte seien aber weiterhin auch für Studierende und Hochschulmitarbeiter bedeutend.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) berichtet in Bezug auf erneute Pressemeldungen, dass der Charitévorstand weiterhin keine Hinweise auf fehlerhafte Abrechnungen habe. Der Kooperationsvertrag mit der Labor Berlin GmbH sehe vor, dass die Zuständigkeit für die Liquidation vom Einzelfall und den für den Fall geltenden gesetzlichen berufsrechtlichen und vertraglichen Regelungen abhängen. Die Labor Berlin GmbH liquidiere gegenüber externen Patienten, während bei Patienten der Charité Wahlärzte der Charité die privaten und wahlärztlichen Laborleistungen erbrächten und dafür die Infrastruktur der Labor Berlin GmbH nutzen könnten. – Die SKzl verfolge das Thema weiter mit dem Vorstand und den Aufsichtsgremien.

Die Ziele des IT-Angriffs mit einem Verschlüsselungstrojaner auf die TU Berlin Ende April 2021 und mögliche Datenabflüsse würden noch forensisch untersucht. Die stückweise Wiederherstellung der Systeme dauere noch vier bis fünf Wochen. Die Gehaltszahlungen seien gesichert, indem die Gehälter der Mitarbeitenden für Mai unter Vorbehalt auf Basis der Aprilgehälter bezahlt würden.

Für die Hochschulen erlaube die verbesserte Coronasituation ab dem 4. Juni kleinere, mit der LKRP und der Taskforce abgestimmte Öffnungsschritte. Die Öffnung der Bibliotheken, Labore, Arbeitsräume sowie der Mensen unter entsprechenden Hygienebedingungen seien zentral für Studierende und Lehrende. Ab dem 18. Juni könne es weitere Schritte geben, jedoch keine komplette Öffnung der Hochschulen. Das Ziel sei eine weitgehende Normalität ab dem Wintersemester.

Stefan Förster (FDP) fragt nach, wenn die Pressemeldungen keine neuen Erkenntnisse zur Charité wiedergegeben hätten, wie die SKzl die Angelegenheit abschließen könne. – Seien der SKzl in Bezug auf die Öffnung der Hochschulen auch Rückmeldungen bekannt, dass manche Leitungen dies nun zum Semesterende aus praktischen Gründen ablehnten?

Staatssekretär Steffen Krach (SKzl) unterstreicht, dass die SKzl erwarte, dass die Hochschulen die verbleibenden Wochen des Semesters nutzen und die gemeinsam verabredeten

behutsamen Öffnungen umsetzen, da diese für das soziale Leben der Studierenden wichtig seien. – Bezüglich der Charité sei das Ziel, den Vorfall transparent aufzuklären. Die Prüfungen, auch durch externe Wirtschaftsprüfer, hätten Fehler in den Prozessen der Charité ergeben, jedoch keinen wirtschaftlichen Schaden. Die Pressemeldungen zeigten, dass es noch offene Fragen gebe, denen die SKZl in den Aufsichtsgremien nachgehen wolle.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Nach Datenverlust und Hackerangriffen –
IT-Sicherheit an Berliner Hochschulen**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0145](#)
WissForsch

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Es leuchtet und funkelt am Himmel – Zur Situation
der Berliner Planetarien und Sternwarten als Orte
für Wissenschaft und Forschung**
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0087](#)
WissForsch

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Studium, Lehre und die soziale Lage der
Studierenden unter den Rahmenbedingungen der
Pandemie im Sommersemester 2021**
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0142](#)
WissForsch

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 03.05.2021

Tobias Schulze (LINKE) weist darauf hin, dass das Fehlen von Lern-, Arbeits- und sozialen Möglichkeiten sowie die Lehren daraus mittelfristig noch für das nächste Wintersemester ein

Thema im Ausschuss bleiben würden. Langfristig stelle sich auch die Frage nach resilienten Hochschulen mit hybriden Lehrmöglichkeiten, entzerrten Präsenzangeboten sowie einer angemesseneren Studienfinanzierung, die den Lehrenden und Studierenden gute Lern- und Arbeitsmöglichkeiten böten.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 6 der Tagesordnung – neu –

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 18/3415

**Ein digitaler Studentinnen- und Studentenausweis
für die Hochschulen Berlins**

[0134](#)

WissForsch(f)

KTDat*

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 18/3415 zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung – neu –

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.